



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.05.2023

Dringlichkeitsaktion 10/23 – **KAMBODSCHA:** *Kem Sokha,*

drohende Folter, willkürliche Haft



Kambodscha: 14,8 Mio. Einwohner auf 181.035 km² Fläche, BSP/Einw. 880 \$ (2012), Bevölkerung: über 200 Ethnien, 90% Khmer, 5% Vietnamesen, 4% Cham; Religion: 93% Buddhisten, 3-5% Muslime, 2% Christen. Das Königreich Kambodscha hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Kem Sokha ist der ehemalige Vorsitzende der inzwischen verbotenen Partei „Cambodia National Rescue Party“ (CNRP).

Laut Amnesty International (AI) wurde er am 3. September 2017 nachts verhaftet und nach Artikel 443 des Strafgesetzbuchs unter dem Vorwurf der Verschwörung mit ausländischer Macht angeklagt.

Die Anklage sah eine Gefängnisstrafe von 15 bis 30 Jahren vor. In einer gerichtlichen Erklärung wurde Sokha beschuldigt, seit 1993 einen „geheimen Plan“ zum Sturz der Regierung zu haben.

Am 3. März 2023 wurde Kem Sokha zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Während des Prozesses, der auch aufgrund von Verzögerungen durch die Pandemie über ein Jahr dauerte, brachte die Staatsanwaltschaft nur wenige Beweise vor. Sie bezog sich vor allem auf eine Rede, die Sokha 2013 in Australien gehalten hatte. Darin hatte er erklärt, die USA hätten ihm geraten, eine Menschenrechtsorganisation zu gründen.

Sokha wurde ein Jahr in Untersuchungshaft in einem abgelegenen Gefängnis festgehalten und ein weiteres Jahr unter Hausarrest. Dies spiegelt einen allgemeineren Trend zu langen Untersuchungs Haftzeiten wider, der im ganzen Land dokumentiert wurde.

Der Oberste Gerichtshof Kambodschas löste die CNRP zwei Monate nach Sokhas Verhaftung auf. Zuvor war die Partei beschuldigt worden, vor den Wahlen von 2018, bei denen Premierminister Hun Sen's kambodschanische Volkspartei (CPP) alle 125 Sitze gewann, den Sturz der Regierung zu planen.

Mindestens 39 Mitglieder der politischen Opposition sind derzeit in kambodschanischen Gefängnissen inhaftiert. Sie sind willkürlich verhaftet worden, nur weil sie ihre Menschenrechte wahrgenommen haben.

Dutzende von CNRP-Mitgliedern wurden im Jahr 2022 wegen falscher Anschuldigungen in Massenprozessen verurteilt, die ihnen das Recht auf ein faires Verfahren verweigerten.

Gegenwärtig bereitet sich die Regierung auf die nationalen Wahlen am 23. Juli 2023 vor.

Der stellvertretende Regionaldirektor von Amnesty International, Ming Yu Hah, kommentierte die Verurteilung: Die kambodschanische Justiz habe wieder einmal ihren erschütternden Mangel an Unabhängigkeit bewiesen. Dieses Urteil sei eine unmissverständliche Warnung an die Oppositionsgruppen, Monate vor den nationalen Wahlen. Die Nutzung der Gerichte zur Verfolgung von Gegnern des Premierministers Hun Sen kenne keine Grenzen.



Bitte schreiben Sie an den Premierminister des Königreichs Kambodscha und senden Sie eine Kopie an die Botschafterin in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost nach Kambodscha 1,10 EUR, nach Berlin 0,85 EUR).
Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2023.
[Fax-Nr. der Botschaft: 030/48637973, I.E. Frau Savny Phen; E-Mail: rec-Berlin@t-online]